

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/105

5. Juni 1974

Die SPD hat Wort gehalten

Reform des § 218 StGB kann jetzt in Kraft treten

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundes-
kanzler

Seite 1 / 19 Zeilen

Herrn Prof. Carstens Selbstentlarvung

Angriffe auf Herbert Wehner sind mehr als eine
böse Entgleisung

Seite 2 / 38 Zeilen

Rückzug ins Unverbindliche

Unions-Bekennnisse zu Toleranz und geistiger
Freiheit an der Praxis messen

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied der Kommission Massenmedien beim
SPD-Parteivorstand

Seite 3 und 4 / 84 Zeilen

Manipulation der Geschichte

Notwendige Anmerkungen zum Auftreten eines
Vertriebenen-Funktionärs

Von Rudolf Hasenöhrl

Bundesvorsitzender der Seligergemeinde
(Gemeinschaft ehemaliger Sudetendeutscher Sozial-
demokraten)

Seite 5 und 6 / 79 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 08 86 345 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die SPD hat Wort gehalten

Reform des § 218 StGB kann jetzt in Kraft treten

Von Marie Schlei MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Mit einer eindrucksvollen Mehrheit von 260 zu 218 (1) Stimmen hat die SPD/FDP-Koalition in der heutigen Abstimmung im Bundestag die Einwände der CDU/CSU-regierten Länder gegen die Reform des § 218 zurückgewiesen. Gemeinsam mit dem Partner FDP konnte damit ein Anliegen der Frauen verwirklicht werden, für das sich die deutsche Sozialdemokratie seit langem einsetzt.

Schon vor mehr als 50 Jahren hatte die SPD-Fraktion im Reichstag einen Reformantrag eingebracht. Erst das historische sozialliberale Bündnis hat ihn verwirklicht. Diese Koalitionsleistung beruht auf der Fähigkeit der Partner, auch von unterschiedlichen Ausgangspunkten zu einer gemeinsamen Lösung zu finden.

CDU/CSU-Taktik hat allerdings zu bewirken vermocht, daß dieses Reformwerk vorerst noch ein Torso ist. Die sozial-ergänzenden Maßnahmen - obwohl vor dem eigentlichen Reformantrag auf den parlamentarischen Weg gebracht - hängen immer noch im CDU/CSU-bestimmten Bundesrat.

Die CDU/CSU bleibt aufgerufen, die sozialen Hilfen für eine Mutterschaft ohne Strafdrohung nicht länger zu blockieren. Nach 50 Jahren Reformdiskussion haben die Frauen kein Verständnis mehr für Vertagungsanträge.

(-/5.6.1974/ks/pr)

+ + +

Herrn Prof. Carstens Selbentlarvung

Angriffe auf Herbert Wehner sind mehr als eine böse Entgleisung

Die Methode, eine pointierte Aussage des Widerparts so aus dem Zusammenhang zu reißen und zu verdrehen, daß manchem Unbeteiligten und auch nicht sehr Unterrichteten die dann demonstrierte Empörung nicht scheinheilig, sondern echt und der maßlose und völlig ungerechtfertigte eigene Schlag legal erscheinen, ist ja nicht neu und leider immer wieder erfolgreich. Mit ihr wollte jetzt der ansonsten als Oppositionsführer nicht sehr glücklich operierende Professor Carstens reüssieren. Das Finale des niedersächsischen Landtagswahlkampfes schien ihm dazu der geeignete Zeitpunkt zu sein.

Die Kommentierung der Hetzkampagne gegen die Regierungskoalition, zu der die Agentenhysterie von der Union und namentlich dem CSU-Vorsitzenden Strauß ausgenutzt worden war, als Versuch eines "kalten Staatsstreichs" mag zwar für Philologen ein Diskussionsthema sein, daß Herbert Wehner indessen diese Formulierung nicht im Sinne des politologischen oder staatsrechtlichen Begriffes gebrauchte, also der CDU/CSU keinen Putschversuch - wenn auch ohne Blutvergießen - vorwerfen wollte, weiß natürlich auch Professor Carstens. Herbert Wehner fand am Mittwoch im Bundestag einen treffenden Vergleich für seine Pointe: "Kalter Staatsstreich steht zum Staatsstreich in entsprechendem Verhältnis wie Kalter Krieg zum Krieg." Ganz anders verhält es sich indessen mit den Äußerungen Dr. Carstens.

Seine Anschuldigung, Herbert Wehners plastische Äußerung sei "ein Angriff auf die freiheitliche Grundordnung selbst" sowie ihre Gleichsetzung mit den tödlichen Angriffen der Nationalsozialisten und Kommunisten auf die demokratischen Parteien der Weimarer Republik, sind nicht der Hitze des Wahlkampfes entsprungen. Hier ist kalte Infamie am Werke, das verrät die Absicht, den politischen Konkurrenten zu vernichten. In seiner Maß- und Skrupellosigkeit ist dieses Vorgehen genau das, was Prof. Carstens scheinheilig dem SPD-Fraktionsvorsitzenden vorwerfen zu können glaubte: ein Angriff auf die demokratische Grundordnung. Es ist außerdem eine ruchlose Verunglimpfung des aufrechten, hart erprobten Demokraten Herbert Wehner. Nun, Wehner weiß, was er von Leuten vom Schlage Prof. Carstens und ihrer Rolle in der Weimarer Republik zu halten hat. Es ist nur zu hoffen, daß auch jeder Bürger der Selbentlarvung des Herrn Carstens gewärtig wurde.

(pr/5.6.1974/bgy/pr)

+ + +

Rückzug ins Unverbindliche

Unions-Bekanntnisse zu Toleranz und geistiger Freiheit an der Praxis messen

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied der Kommission Massenmedien beim SPD-Parteivorstand

Selbst die Junge Union nannte den CDU/CSU-Medienkongreß einen "Kongreß der Unverbindlichkeiten". Diese Charakterisierung ist richtig, aber unvollständig. Die Veranstaltung signalisiert verschiedene Tendenzen: Rückzug aus unhaltbaren Positionen, feierliche Bekenntnisse zur Meinungsfreiheit ohne den Mut zu konsequentem Handeln, wortreiche Anpassung an die Interessen der einflußreichsten Interessengruppe der Medienpolitik: der Verlegermehrheit und brave Bemühung um den Anschluß an den Zeitgeist. Reaktionäres Grollen gegen die "Linke Journaille" - sonst im Unions-Spektrum durchaus enthalten - wurde von den Parteistrategen tapfer wegmanipuliert; selbst Strauß blieb auf dem Teppich. Es ist bei der Medienpolitik wie auf vielen Gebieten: Die Union reagiert auf die Denkanstöße aus der Koalition, bedenkt die Interessen ihrer Mäzene, schwenkt auf halber Linie ein und präsentiert die halbierten sozialliberalen Konzeptionen feierlich als eigene Grundsätze: Opposition auf dem Niveau von Carstens und Kohl.

Es wäre deshalb ganz falsch, diesen Medien-Kongreß in Gausch und Bogen zu verdammern. Zuerst einmal ist festzuhalten, daß er eine Union in der medienpolitischen Defensive zeigt: eine Partei, die unter dem Druck der sozialliberalen Aktivität ihre "grundsätzliche" Ablehnung jeder "Medienpolitik" aufgegeben, ihre (einstmals zentrale) Forderung nach privatem Fernsehen fallengelassen hat wie eine heiße Kartoffel. Daß es noch keine zwei Jahre her ist, seit die CSU das bayrische Rundfunkgesetz manipulieren wollte und durch ein Volksbegehren gestoppt wurde, scheint vergessen. Der Bericht beispielsweise, den Friedrich Wilhelm Räufer aus dem Arbeitskreis II - Hörfunk und Fernsehen - gab, war in vielen Passagen durchaus diskutabel; er übernahm vorsichtig und mit vielen Vorbehalten sozialliberale Ideen. Für solche Lernfähigkeit sollte man der Union Anerkennung zollen.

Leider präsentierte die Opposition aber keinerlei tragfähige Alternativkonzepte. So ist es ja gar nicht ganz falsch, wenn sowohl Kohl als auch Strauß eine ersatzlose Streichung des Tendenzschutzes in Betriebsverfassungs- und Unternehmensverfassungsrecht ablehnten. Nur: eine solche ersatzlose Streichung wird auch von der Koalition nicht angestrebt. Zu einer Diskussion der differenzierten Pläne der Koalition - Einführung eines Wirtschaftsausschusses in Tendenzbetrieben bei grundsätzlicher Beibehaltung des Tendenzschutzes, "gespaltener" Tendenzschutz auf Unternehmensebene - drangen die Unions-Experten gar nicht vor; sie beschränkten sich auf wortreiche Beschwörungen angeblich "verfassungswidriger" Pläne, die sie im einzelnen offensichtlich gar nicht kannten. Solche verbalen Kraftakte helfen niemandem - auch nicht den Verlegern.

Ähnlich war es mit dem Thema "Pressehilfe". "Staatliche Subventionen" für die Presse wurden zurückgewiesen, weil sie ein erster Schritt in

"jene staatliche Abhängigkeit sei, die alle aufrichtigen Demokraten ablehnen, wenn es um die Pressefreiheit geht" (Strauß). Aber die Vertriebs Erlöse der Zeitungen sollen pauschal von der Mehrwertsteuer ausgenommen werden; für die großen, profitgewohnten Konzerne ebenso wie für gefährdete Zeitungen. Wieso sind solche Steuergeschenke mit der Gießkanne eigentlich keine Subventionen? Sieht die Union nicht, daß solche Steuergeschenke den Großen endgültig die Mittel an die Hand geben würden, um die "Kleinen" tot zu konkurrieren? Von differenzierten Lösungen - etwa der Idee, mit Staatsgeldern neutrale Fonds für Zeitungshilfe zu errichten - war nicht die Rede. Statt präzisen Konzepten lieferte die Union wieder einmal propagandistische Trompetenstöße.

Der grundlegende Denkfehler der Unioneprägnanz in der Medienpolitik ist CDU-spezifisch: es ist die Beschwörung eines Freiheitsbegriffes, der sozial unreflektiert bleibt. Kohl gibt zwar zu: "Verfügung über Information ist in ähnlicher Weise eine Grundlage von Macht wie Verfügung über Eigentum an Produktions-Konsequenzen. So verteidigt er im Ergebnis die Freiheit von wenigen Mächtigen zu Lasten der Freiheit von vielen Ohnmächtigen. Er sagt: "Freie Medien sind eine Voraussetzung für eine freie Gesellschaft." Und verteidigt die facto Konzerninteressen. Die CDU/CSU muß nach diesem Kongreß der großen Worte an ihren Taten gemessen werden. So hört man gern die Botschaft Helmut Kohls, daß die Union künftig "auch die Kritik aller Journalisten" in den Funkhäusern "respektieren" will. Man stutzt dann ein wenig, wenn in derselben Rede gesagt wird: "Mancher Showmaster wäre besser beraten, er beschränkte sich auf seine Funktionen, statt den politischen Redaktionen ins Handwerk zu pfuschen. Die Politisierung von Kultur- und Unterhaltungssendungen trägt wenig zur Vermittlung fundierter politischer Information bei." Solange Kultur und Unterhaltung konservative Leitbilder bestätigte, hörte man derartige Kritik von der CDU nie. Aber schön - wer wäre nicht für "fundierte" politische Information?

Nur: Wenn man gleichzeitig hört, daß Kohls Gesinnungsfreund Friedrich Zimmermann, Vorsitzender der Unions-Medienkommission, die satirische Serie "Notizen aus der Provinz" aus der ZDF-Programmdirektion (wohin sie gehört) hinüber zur ZDF-Chefredaktion dirigieren will, weil man dort über den CDU-nahen Chefredakteur Woller eher auf Einfluß über die Sendung hoffen mag - wenn man solches hört, zweifelt man an den Bekenntnissen zur Freiheit und zum "Respekt" vor Anderdenkenden. Kongreß-Bekenntnisse der Union zu Toleranz und geistiger Freiheit werden an der täglichen Unions-Praxis gegenüber den Medien gemessen werden. Man wird dann sehen, was von löblichen Grundsätzen aus den Vorsitzenden-Reden übrig bleibt - im Alltag der Journalisten.
(-/5.6.1974/hgy/ex)

Manipulation der Geschichte

Notwendige Anmerkungen zum Auftreten eines Vertriebenen-Funktionärs

Von Rudolf Hasendörl

Bundesvorsitzender der Seligergemeinde

(Gemeinschaft ehemaliger Sudetendeutscher Sozialdemokraten)

Der XXV. Sudetendeutsche Tag stand unter dem Leitwort "Dank an Bayern - 20 Jahre Schirmherrschaft". Wie manche erwartet und andere befürchtet haben, gab es auf diesem Sudetendeutschen Tag auch schrille Töne, die der sudetendeutschen Volksgruppe sicherlich keinen Nutzen bringen werden. Sie kamen von jenem Mann, der als Sprecher einer überparteilichen und überkonfessionellen Organisation, wie sie die Sudetendeutsche Landsmannschaft nach ihren Satzungen darstellt, sich einer objektiven Aussage befleißigen mußte, von Dr. Walter Becher (CSU). Dem Sudetendeutschen Tag würde man nicht gerecht, wollte man nur die Ausführungen Bechers sehen, mit denen wir uns noch näher befassen werden, sondern den gesamten Ablauf.

Selbst die Sprecher der bayerischen Staatsregierung, Dr. Fritz Pirkel, und der Ministerpräsident von Bayern, Dr. Alfons Goppel, haben sich in ihren Ausführungen in einem tragbaren Maß gehalten, obwohl diese als Vertreter und Mitglieder einer CSU-Landesregierung gesprochen haben. Wohlthuend hob sich die Rede des Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Jugend, Erik Waengler, ab. Er sprach von Versöhnung, von Ausgleich und von Partnerschaft. Wörtlich sagte er u.a.: "Die Sudetendeutsche Jugend will den Ausgleich und die Partnerschaft mit dem tschechischen und slowakischen Volk und nicht mit deren Unterdrückern. Sie reicht der tschechischen und slowakischen Jugend die Hand der Versöhnung und Zusammenarbeit. Unbelastet von den Gewalttaten der Vergangenheit betrachtet sich die Sudetendeutsche Jugend als Mittler zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken. Durch die Gesprächsbereitschaft über die Grenzen hinweg will sie den jungen Tschechen und Slowaken die Mitarbeit in einem freien Europa ermöglichen."

Nach der harmonisch verlaufenden Eröffnungsfeier mit der Verleihung des Europäischen Karlspreises an die ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten, Prof. Dr. Wilhelm Hoegner (SPD), der begeistert begrüßt worden ist und dessen Ausführungen von stürmischem Beifall begleitet waren und Dr. Hans Ehard (CSU), haben viele Teilnehmer angenommen, der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Walter Becher, würde durch seine Ausführungen auf der Hauptkundgebung diese Harmonie nicht stören. Sie haben sich getäuscht! In der Rede war nichts oder wenig von Entspannung oder Versöhnung

zu hören, nichts von der Charta der Heimatvertriebenen und nichts von den 20 Punkten, die die Gremien der Sudetendeutschen Landmannschaft bereits im Jahr 1961 beschlossen haben, z.B.: "Hitler hat mit dem Schicksal der Sudetendeutschen ein gewissenloses Spiel getrieben und die Entwicklung zum Münchner Abkommen erzwungen." Im Gegensatz dazu sagte Becher wörtlich: "...warum ließ die Bundesregierung im Vertragstext lediglich die Pressionen Hitlers, nicht aber auch die Gewaltakte der anderen Seite verurteilen?"

Wir glauben, daß Hitler nicht nur Pressionen (also Druck, Nötigung und Zwang), sondern wirkliche und in der Geschichte einmalige grausame Verbrechen begangen hat und daß die viereinhalb Millionen Toten in den Konzentrationslagern, in den Gaskammern und die 55 Millionen auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges in der Geschichte nie überboten wurden. Niemand billigt, was 1945 geschehen ist. Niemand billigt die Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat, geschweige denn die Gewalttaten und Verbrechen, die an Unschuldigen begangen wurden. Vertreibung und Mord an Unschuldigen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wird es bleiben. Das hat Dr. Wilhelm Hoegner auch sehr deutlich in Nürnberg gesagt. Die Bundesregierung hat die Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat im Zusammenhang mit dem Vertrag mit Prag nicht anerkannt. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt hat über Rundfunk und Fernsehen aus Prag dies deutlich zum Ausdruck gebracht und in der Begründung zum Vertrag bei der Vorlage an den Bundestag ist ebenfalls wörtlich zu lesen: "Eine irgendwie geartete Legitimierung oder Legalisierung der Vertreibung der Sudetendeutschen kam für die deutsche Seite nicht in Betracht." Aber was schwarz auf weiß steht, und was wiederholt gesagt worden ist, wird von Herrn Becher einfach nicht zur Kenntnis genommen, weil man dagegen sein will.

Es ist eine Manipulation der Geschichte, wenn man sagt, daß das Münchner Abkommen nicht nur ein Produkt der Gewaltpolitik Hitlers darstellt, sondern auch ein Produkt der Rückbesinnung Englands und Frankreichs auf das Unrecht, das an den Sudetendeutschen 1918 und 1919 verübt worden ist. Becher weiß sehr genau, daß England und Frankreich der Abtretung des Sudetenlandes nur deshalb zugestimmt haben, weil sie den Frieden erhalten wollten. Daß sie sich einer Täuschung hingegeben haben und daß Hitler dann trotzdem den Krieg vom Zaun gebrochen hat, das will Herr Becher einfach nicht wahrhaben. Der sudetendeutschen Volksgruppe hat Becher mit seiner Rede in Nürnberg keinen Dienst erwiesen!

(-/5.6.1974/ks/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller